

Krafsauer Zeitung.

Nr. 282.

Freitag den 9. December

1864.

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-
preis für Krafsau 3 fl., mit Verbindung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mtr., einzelne Nummern 5 Mtr.

Redaktion, Administration und Expedition: Krafsau-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergesetzte Periode 5 Mtr., im Anzeigblatt für die erste Ein-
richtung 5 Mtr., für jede weitere 3 Mtr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mtr. — Insertat-Bestellungen nu-
rigen zu übernehmen Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-
scheidung vom 23. November d. J. allergräßt zu gestalten ge-
tuht, daß den Ministerialrat im Staatsministerium Bernhard
Ritter von Meyer das Commandeurkreuz des päpstlichen St.
Gregor-Ordens, der Polizeicommissar in Bogenbach Konstantin
Hofmann und der Bahnarzt in Wien Med. Dr. Peter Pfeiffer
Pferrmann das Ritterkreuz dieses Ordens;

der Großhändler in Prag Franz Anton Müller das Mittel-
kreuz dritter Classe des päpstlichen Pius-Ordens;

der päpstliche Consul in Ragusa Anton Agnari das Mittel-
kreuz erster Classe des Königlich-Sicilianischen Ordens Franz I.;

der Großhändler in Wien Johann Scanaia des päpstlichen
Sonne und Löwenorden dritter Classe und der Großhändler

Thomas Galati dieben Orden vierten Classe;

der Beauftragte in Tirol Wilhelm Lüge das Verdienstkreuz
des herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hauses-Ordens; endlich

der Polizei-Overcommissar Union Grüne und der Badearzt

in Leipzg Med. Dr. Joseph Seiche das fürstlich Schwarzbürg-
liche Ehrenkreuz dritter Classe annehmen und tragen dürfen.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-
scheidung vom 23. November d. J. allergräßt zu gestalten ge-
tuht, daß der Obercaptain und Schiffssupervisor der ersten f. f.
priv. Donaudampfschiffahrtsgesellschaft Franz X. Wahr das Mittel-
kreuz des päpstlichen St. Gregor-Ordens annehmen und tra-
gen darf.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben dem Oberleutnant in
der Arme Friedl Freiherrn Heermann von Zuydwyk die
f. f. Kammerordnung allergräßt zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-
scheidung vom 30. November d. J. dem Badearzt in Ischl Dr.

Joseph Pollak in Anerkennung seines vielseitigen gemeinwohl-
samen und humanitären Wirkens das goldene Verdienstkreuz mit der

Krone allergräßt zu verleihen geruht.

Mit Beziehung auf den § 15 der Kundmachung vom 8. No-
vember d. J. wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die
Herausgabe der Staatschuldverschreibungen des Subscriptionsan-
lehen von 23,000,000 fl. am 7. December d. J. beginnen wird.

Wien, den 6. December 1864.

Vom f. f. Finanzministerium.

unterrichteter Seite versichert, daß zwischen Preußen und Österreich in dieser Beziehung gar keine Meinungsverschiedenheiten obwalten, daß beide Gabinete

vielmehr gegenwärtig in Verhandlung getreten sind, um eine gemeinsame Verordnung festzustellen, welche nach Regelung der Civilverwaltungs-Angelegenheit und nach Constitution einer gemeinsamen Verwaltung für die drei Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg erlassen werden soll. Inzwischen ist

das Verfahren Preußens in dieser Beziehung nicht nur im Interesse der Herzogthümer, sondern auch

vollkommen correct; denn wenn auch allerdingz zu

der Berechtigung eines Seefahrers, die preußische

Flagge zu führen, nothwendig ist, daß derselbe preußische

Unterthan sei, so dürfte das Verhältniß, in

welchem gegenwärtig die Herzogthümer zu Preußen

stehen, jenem Verhältniß wohl gleich zu erachten sein.

Denn Preußen ebenso wie Österreich üben in

Folge des Friedensvertrages in den Herzogthümern

Hoheits- und Souveränitätsrechte aus, und die Ein-
wohner dieses Landes sind aus diesem Grunde den

Einwohnern Preußens und Österreichs gleich zu er-
achten.

Nach der „Zeid. Corr.“ hält es die preußische
Regierung für jetzt noch nicht an der Zeit, sich in die
furhessischen Angelegenheiten einzumischen.

Die unheimliche Stille, welche über den Verhand-
lungen zwischen Preußen und Frankreich schwelt, ist

nicht durch die officielle Einflüsterung unterbrochen

worden, daß die öftmaligen und langandauernden

Conferenzen zwischen Herrn v. Be nedetti blos der

Ausführung der Handelsverträge gegolten haben.

Unerwartet bringt der Industriel Alsatien, ein durch

seine Verbindungen mit den elsässischen großen Ge-
schäftshäusern wohlaccreditedes Blatt, folgende Nach-

richt: Die Abtreitung eines in Deutschland gelegenen

Steinkohlenbassins ist ernst gemeint. Nach zuverlässi-
gen Mittheilungen handelt es sich hier nicht blos um

die politische Wichtigkeit des Objektes. Das Fachblatt

begnügt sich bierauf mit der industriellen Werthschätzung

der Gruben, nach deren Angabe zweifellos ist, daß

es die Kohlenlager von Saarbrücken meint.

Die officiellen Pariser Blätter haben die Weisung er-
halten, sich den Preußen zugezeichneten Annexi-
ungs-Plänen nicht absolut zu widerlegen. Ein Ar-

ticel der „Patrie“ zeigt uns, wie Frankreichs Regie-
rung die Haltung der ihr ergebenen Blätter verstan-
den wissen will. Da Preußen bei den Londoner

Conferenzen sich für die Befragung der Bevölkerung

ausgesprochen hat, so müste es, um sich die allge-
meine Zustimmung zu sichern, die Einwohner von

Nordschleswig, welche Dänemark ergeben sind, bei

diesem Königreich belassen. Unter dieser Bedingung,

das wurde schon früher wiederholt in den Blättern

ventilirt, würde Frankreich nichts gegen die Einver-
leibung der Elb-Herzogthümer in Preußen einzuwen-
den haben.

Der „Schle. Btg.“ wird aus Wien tel. gemeldet:

Freundschaftliche französische Eröffnungen neuen Da-

tums, in denen jede Unterstützung der Actionspartei

in Italien ganz entschieden verboten wird, para-
lysiert aufs vollständigste das parlamentarische Sä-

belgeraffel Lamarmora's und Gialdi's.

Aus Rom verlautet, daß der Papst in nachdrück-
licher Weise gegen die Aufhebung der Klöster in Po-

len protestiren wird. Es sei nämlich diese Unter-
drückung eine offbare Verleugnung des 1847 zwischen

der römischen Curie und dem Kaiser Nikolaus abge-
schlossenen Concordats.

Übereinstimmend mit den Angaben des „Mem.

dipl.“ schreibt man d. r. „N. P. B.“ aus Rom, daß

der Großfürst seine Reise aufgegeben habe, weil Car-
dinal Antonelli nicht habe auf die Bedingung einge-
hen können, welche Russland durch Baron von Meyen-
dorff stellen ließ.

Der Cardinal Antonelli erklärte, es sei ihm

unmöglich, dem Papste auch nur eine dahin gehende

Audientung zu machen, weil der Papst, als Oberhaupt

der Kirche, in kirchlichen Fragen von Niemandem

Rath annehmen könne. Es würde kein Katholik es

wagen, gegen den Papst jemals einen Wunsch auszu-

sprechen, der dahin giebt, dem Papst die Freiheit zu

beschränken, sich in kirchlichen Dingen immer und

überall als höchste Autorität zu äußern. Baron

Meyendorff theilte dem Fürsten Gortschakoff sofort

Antonelli's Antwort mit, und nun soll in Folge die-
ser Mittheilung der Großfürst den Besuch Roms auf-

gegeben haben. Wahrscheinlich würde eine andere

Angelegenheit den russischen Thronfolger hier ebenfalls

in Verlegenheit gesetzt haben. Er sollte nämlich ge-
boten werden, allen katholischen Bischöfen und Erzbis-
chöfen Russlands die Erlaubnis zu einer Römerfahrt

in Afrika's ein Ende zu machen. Man schreibt die leg-
ten Auffällen in Tunis lediglich dem englischen Con-

tigen Jahres, wo hier der beatificirte Josefat Erzbis-
hof von Plock canonisiert werden soll.

Der „Gen.-Corr.“ schreibt man aus Rom, 2. d.: Seit der Rückkehr des österreichischen Botschafters macht sich im Staatssekretariat eine besondere Reg-
e nach Regelung der Civilverwaltungs-Angelegenheit und nach Constitution einer gemeinsamen Verwaltung für die drei Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg wieder vorge-
nommen worden und wird dieses Project neuerdings

durchgearbeitet, um dann einer ad hoc zu berufenden

Conferenz von Cardinaux und befriedeten Staats-
männern zur Erwähnung und Begutachtung unterbre-
itet zu werden. Se. Heiligkeit, hört man, bezeigt für

den Fortgang dieser Angelegenheit ein äußerst leb-
haftes Interesse und hat ausführlich mit den Vertre-
tern von Österreich und Frankreich darüber gesprochen.

Die Gazette de France dementirt die Nachricht der Opinion Nationale, daß König Franz von Neapel Rom zu verlassen entschlossen sei und sich für 1.200,000 Fr. eine Festung in Mähren gekauft habe. Diese Nachricht, sagt das legitimistische Blatt, ist in jeder Beziehung ungenau, und gleicht unter den obwaltenden

Verhältnissen einer traurigen Ironie. König Franz

II., der seiner letzten Hilfsmittel beraubt ist, hat we-
der in Mähren noch anderswo ein Gut kaufen können.

Der verbannte König denkt keineswegs daran,

die ihm von dem Papst angebotene Zufluchtstätte zu

verlassen. Es kann für ihn keinen andern Aufenthalts-
ort als Rom oder Neapel geben.

Aus Turin wird der „Gen.-Corr.“ berichtet, daß seit einigen Tagen dort allgemein das Gerücht herrsche: es sei schließlich einem eigenhändigen und drin-
genden Briefes des Königs selbst gelungen, seinen di-
plomatischen Vertreter in Paris, Commandeur Rigla, in dem bis jetzt trost allen Gegenversuchen starr fest-
gehaltenen und bestimmt ausgeprochenen Vorhaben, seine Demission zu geben, schwankend zu machen; ferner, daß neu eingetretene und nicht zu befechtigende Schwierigkeiten die vollständige Erfüllung der bisherigen Absicht Victor Emanuels, die diplomatische Neu-Jahrsempfangceremonie schon in Florenz zu vollziehen, im Augenblicke wieder in Frage gestellt haben, wofür es ausgemacht bleibe, daß die Bureaur und

Acten des Kriegsministeriums schon in den allernäch-
sten Tagen dahin transportirt werden und endlich,

dass Prinz Otto unter dem Vorwande eines längeren

Besuchs bei seiner Schwester, der Königin von Por-
tugal, sich bald zu einer wichtigen politischen Mission

nach Lissabon begeben werde.

In der Sitzung des Turiner Senates vom 5. d. hielt, wie erwähnt, Massimo d'Azezio eine durch In-
halt und Form bedeutsame Rede. Dieser italienische Staatsmann vertritt nämlich die Ansicht, der schließ-
lich in dieser Frage vielleicht der Sieg bleiben dürfte, daß nämlich die Proklamirung Roms zur Hauptstadt Italiens kein Egen für Italien sein würde. Ein großer Unterschied, fügte er hinzu, sei zwischen Rom als italienische Stadt. Daß Rom zu Italien gehören, dagegen werden die katholischen Völker nichts einwenden können; denn Italien und ganz Europa werden einsie-
ben, erstens, daß nicht Lause von italienischen Bürgern der weltlichen Gewalt des Papstthums zum

Opfer gebracht werden könnten, daß aber zweitens

dennoch Rom nicht aufhören dürfe, Sitz des Papst-

thums zu sein. Die zweite Hälfte der d'Azezio'schen

Rede ist offenbar ungeschickt in der Depesche, der wir

folgen, gefaßt; wenn wir ihn recht verstehen, so hat

er gesagt, daß diejenigen im Irrthume seien, die da

garantie des Staates in Anspruch genommen werden

werden. Diese Beschränkung sei in der diesjähri-
gen Vorlage festgehalten. Redner motiviert die Dring-
lichkeit dieses Eisenbahnbaues, welche dadurch gesteigert wurde, daß in der Walachei mancherlei Eisen-
bahnen projekte auftauchten, wobei der Anschluß an die siebenbürgische Eisenbahn in Frage kam und es lag

nahe, daß derjenige, welcher zuerst baut, auf den anderen bestimmt einwirken müsse. Die Regierung

beschloß daher den Eisenbahnbau in der Strecke Arad-Alvincz-Carlburg auf Rechnung des künftigen Con-

cessionärs gleichzeitig in Angriff zu nehmen. In detail-
liter Weise setzt hierauf der Redner die von der

Creditanstalt und vom Herrn Pickering eingereichten

Offerte auseinander und zeigt, um wie viel vortheilhafter

das Projekt des letzteren war, weshalb diesem auch die

Concession ertheilt wurde. Die Dauer der Concession

ist auf 85 Jahre festgesetzt, der garantirte Reinertrag

beträgt inklusive der Tilgungsquote 2.032.000 fl. für

die Linie Arad-Rothenthurmpas und 1.788.000 fl.

für den Fall, daß die Bahn vorläufig nur bis Her-
manstadt gefüh

(146), Groß (142), Herbst (137), Popoff (96), Rechbauer (95), Ober (85), Riese-Stallburg (85), Schindler (84).

Auf der Tagesordnung steht ferner die erste Lesung des Berichts der Staatschulden-Controllskommission, betreffend den Stand der Staatschuld mit Ende April 1864. Dieser Gegenstand wird über Antrag des Abg. Winterstein in dem zur Prüfung des Jahresberichtes der Staatschulden-Controllskommission bestehenden Ausschuss zugewiesen.

Weiterer Gegenstand der Verhandlung ist der Antrag des Dr. Herbst, die von der Regierung vorgelegten Gründe und Erfolge der kaiserlichen Verordnung, betreffend die Einsetzung von Präsidenten und das Verfahren bei denselben einem Ausschuss zur Beratung zuweisen. Dr. Herbst motiviert seinen Antrag damit, daß er der Meinung sei, die Darlegung der Gründe und Erfolge einer nach §. 13 der Verfassung ergriffenen Maßregel können nicht bloss als Mittheilung an das Haus geschehen, sondern es hätten beide Häuser des Reichsrates sich darüber auszusprechen, ob die ergriffene Maßregel dem §. 13 entspreche. Er beantragt die Vorlage dem Ausschuss über die Tonnen-, Seesanitäts- und Contumazgebühren zuzuweisen.

Dieser Antrag wird nach einer Controverse zwischen dem Antragsteller und dem Präsidenten angenommen.

Auch die von dem Finanzminister in der gestrigen Sitzung eingebrachte Regierungsvorlage über die Erhöhung der Steuerrückvergütung beim Export vom Zucker kommt zur ersten Lesung, auch wird über Antrag des Abg. Haßmann dem Ausschuss, welcher für die Ermäßigung der Brauntweinsteuer niedergestellt wird, dieselbe zugewiesen, worauf die Sitzung geschlossen wird.

Die nächste Sitzung ist unbestimmt, da in dem gegenwärtigen Momente kein Gegenstand der Verhandlung vorliegt.

Die Adressdebatte ist zu Ende, nachdem sie sechs Debattentage in Anspruch genommen hatte; die Adresse ist votirt und zwar ohne wesentliche Aenderung des Entwurfes der Commission. Die Debatte vom 6. d. konnte sich nur mehr mit den Überresten der großen Fragen beschäftigen. Ministerverantwortlichkeit, handelspolitische Frage und Concordatsfrage, dies das trifft, welches den Rednern den Stoff für ihre Betrachtungen lieferte. Der Abgeordnete Dr. Demel demonstrierte der Versammlung, daß sie mit einem Ministerverantwortlichkeitsgesetze in der Hand dem Ministerium schon eine ihr gefällige Interpretation der Verfassung aufzwingen könne. Mühlfeld glaubte zwar in wohlmeinender Weise einen Ausweg zu finden, um dem Einwurfe der Unmöglichkeit, jetzt ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz zu verfassen, zu begegnen. Er meinte, man möge ein kurzes Gesetz erlassen, welches gleichsam bloss das Principe codificiert, damit wir dieses sein säuberlich in Paraphre eingeschachteln haben. Wir glauben nicht, schreibt der "Botschafter", daß sich irgend eine Regierung entschließen könnte, von der Krone die Sanction eines solchen Gesetzes zu erbitten; dies wäre ja nichts als das codifizierte Misstrauen in das kaiserliche Wort, durch welches am 1. Mai 1862 das Principe in solider, bindender Weise zugestanden wurde! Dieses Principe faßt nur seine Verfestigung in einem vollständigen, detaillirten Gesetze finden, dessen Erlassung aber erst nach der Lösung der Konstituierungsfrage möglich ist. Die Debatte zeigte recht deutlich, daß man nichts Stichhaltiges gegen die Argumente vorbringen kann, welche der Herr Staatsminister in der Beantwortung der Interpellation von Schindler und Genossen anwendete. Die Redner von Heute kamen offenbar post festum; sie setzten sich zu Disse, nachdem bereits abgeräumt war. Der handelspolitischen Frage wendeten die Herren Winterstein, Seine und Niese-Stallburg ihre Aufmerksamkeit zu; Frhr. v. Kalchberg vertheidigte die Regierung. Leider können wir Hrn. v. Winterstein nicht Unrecht geben, wenn er von einem Mißerfolg der Handelspolitik der Regierung sprach. Dagegen können wir nicht damit einverstanden sein, wenn Hr. v. Winterstein diesen Mißerfolg zum Ausgangspunkte nimmt, um für autonome Tarifreform- und Executive sei, die Kompetenz des kraft dieser Executiv-Berechtigung eingesetzten Militärgerichtes, über den mit dem Zollverein, Frankreich und England zu verhorresieren. Freiherr von Kalchberg war in der Lage, den Redner darüber zu beruhigen, daß Verhandlungen mit Frankreich und England über den Abschluß von Handelsverträgen nicht im Buge seien. Wie von unserem Standpunkte können diese Erklärung nur acceptiren, wenn wir das Wörtchen "nicht" in "noch nicht" ergänzen. Denn wir bekennen uns eben zu der Meinung, daß kein handelspolitischer Mißerfolg uns hindern darf, uns mit aller Macht dem westeuropäischen Handelsystem anzuschließen. Den letzten Punkt der Besprechung bildete die Concordatsfrage. Superintendent Schneider sprach, gewürzt mit einigen Seitenbemerkungen gegen Pater Greuter, den Wunsch nach einem interconfessionellen Gesetze aus, wie es die Regierung schon lange angekündigt hat und voraussichtlich dem engeren Reichsrath bei seinem nächsten Zusammentreten auch vorlegen wird. Die Bemerkungen dieses Sprechers für confessionelle Gleichberechtigung veranlaßten Herrn Greuter zu einigen Gegenbemerkungen, aus welchen wenigstens so viel zu entnehmen war, daß selbst dieser Hof der Ultramontanen gegen eine "Regelung" der interconfessionellen Verhältnisse freilich flüchtete er gleichzeitig hinter das im Concordat niedergelegte kaiserliche Wort — nichts einzubringen habe. Ein kleines, seines Amendement von Mühlfeld mache es möglich, daß sowohl die Anhänger einer "vertragsmäßigen," wie die einer einfachen "staatlichen" Revision der Concordatsbestimmungen für den betreffenden Passus der Adresse stimmen konnten.

Mit einer oratorischen figura repetitionis, welche die Untersuchung anhängig wurde, welche der Reichsrath achtägige Debatte wie eine Wand爾decoration dem Ministerium nochmals vorführte — begreiflicher Weise nicht mit der Absicht, dasselbe zu erheitern — schloß der Berichterstatter. Der Ausdruck der Loyalität und Ergebenheit gegen Se. Majestät, mit welchem die Adresse schließt, bot auch heute durch die von der launstimmung begleiteten loyalen Worte des Berichterstatters einen äußerlich versöhnen den Abschluß der Debatte. In dem höchsten Träger der Staatsgewalt verbinden sich alle Gegenseite zu Harmonie.

Ein Wiener Correspondent der "Schl. Btz." schreibt vom 6. d. Die Adressdebatte ist heute mit der Annahme des Adressentwurfes geschlossen worden, und obwohl die Opposition ihre Angriffe fortsetzte, zeigte es sich doch, daß die durch die Belagerungszustands-

debatte entstandene Differenz keine weitere Consequenz Ausschuß, um vorerst über das Principe klar zu machen, ob außer dem Ertrage der Steuerobjekte auch noch das reine Einkommen der Steuersubjekte besteuert werden solle, das heißt: ob neben den bestehenden Eitragssteuern auch noch die von

Schritten von Seiten der Regierung nicht ausbleiben. Es speciell die Belagerungszustands-Angelegenheit anbelangt, so beginnen bereits diejenigen, welche sich am meisten ereiferten, einzusehen, daß die Anwendung des Art. 12 hier ungültig sei, denn in diesem Falle mußte, wenn die Verbändung des Belagerungszustandes, während der Reichsrath bestimmt ist, notwendig würde, dieser befragt werden. Wer bürgt nun dafür, daß jene Elemente, welche diese Maßregel notwendig machen, wenn sie wissen, daß sie vor den Reichsrath gebracht werden, ihre Umtreibe grade in jene Zeit verlegen, wo der Reichsrath bestimmt ist, um die Zeit, während deren letzter über die Beihaltung des Belagerungszustandes debattirt — in den meisten Fällen ließe sich ohnehin die Ablehnung vor-

aussehen — zur Durchführung ihrer Pläne zu benennen? — Die tendenziös pessimistische Art, wie Herr Herbst gestern das von ihm entrollte Bild unserer Finanzlage farbte, findet selbst in den Reihen der Opposition gerechte Mizbilligung, und zwar zunächst wegen der unpatriotischen Art, in welcher es vorgebracht wurde. Solche in einem Parlamente gehaltene Reden wären, würden sie nicht widerlegt, mehr als selbst die verfehltesten Schritte der Finanzverwaltung geeignet, den Credit eines Staates zu untergraben.

Der Ausschuß, welcher mit der Prüfung der Angelegenheit des Abgeordneten Rogawski betraut worden ist, hielt am 7. d. eine Sitzung. In derselben erschien, wie die "Presse" meldet, der Justizminister Dr. Hein. Der Obmann des Ausschusses, Ritter v. Waser, hatte in der letzten Sitzung desselben an die Minister, welche damals zugegen waren, um Ausschüsse zu ertheilen, die Frage gerichtet, ob die Regierung erodiert, damit wir dieses sein säuberlich in Paraphre eingeschachteln haben. Wir glauben nicht, schreibt der "Botschafter", daß sich irgend eine Regierung entschließen könnte, von der Krone die Sanction eines solchen Gesetzes zu erbitten; dies wäre ja nichts als das codifizierte Misstrauen in das kaiserliche Wort, durch welches am 1. Mai 1862 das Principe in solider, bindender Weise zugestanden wurde! Dieses Principe faßt nur seine Verfestigung in einem vollständigen, detaillirten Gesetze finden, dessen Erlassung aber erst nach der Lösung der Konstituierungsfrage möglich ist. Die Debatte zeigte recht deutlich, daß man nichts Stichhaltiges gegen die Argumente vorbringen kann, welche der Herr Staatsminister in der Beantwortung der Interpellation von Schindler und Genossen anwendete. Die Redner von Heute kamen offenbar post festum; sie setzten sich zu Disse, nachdem bereits abgeräumt war. Der handelspolitischen Frage wendeten die Herren Winterstein, Seine und Niese-Stallburg ihre Aufmerksamkeit zu; Frhr. v. Kalchberg vertheidigte die Regierung. Leider können wir Hrn. v. Winterstein nicht Unrecht geben, wenn er von einem Mißerfolg der Handelspolitik der Regierung sprach. Dagegen können wir nicht damit einverstanden sein, wenn Hr. v. Winterstein diesen Mißerfolg zum Ausgangspunkte nimmt, um für autonome Tarifreform- und Executive sei, die Kompetenz des kraft dieser Executiv-Berechtigung eingesetzten Militärgerichtes, über den mit dem Zollverein, Frankreich und England zu verhorresieren. Freiherr von Kalchberg war in der Lage, den Redner darüber zu beruhigen, daß Verhandlungen mit Frankreich und England über den Abschluß von Handelsverträgen nicht im Buge seien. Wie von unserem Standpunkte können diese Erklärung nur acceptiren, wenn wir das Wörtchen "nicht" in "noch nicht" ergänzen. Denn wir bekennen uns eben zu der Meinung, daß kein handelspolitischer Mißerfolg uns hindern darf, uns mit aller Macht dem westeuropäischen Handelsystem anzuschließen. Den letzten Punkt der Besprechung bildete die Concordatsfrage. Superintendent Schneider sprach, gewürzt mit einigen Seitenbemerkungen gegen Pater Greuter, den Wunsch nach einem interconfessionellen Gesetze aus, wie es die Regierung schon lange angekündigt hat und voraussichtlich dem engeren Reichsrath bei seinem nächsten Zusammentreten auch vorlegen wird. Die Bemerkungen dieses Sprechers für confessionelle Gleichberechtigung veranlaßten Herrn Greuter zu einigen Gegenbemerkungen, aus welchen wenigstens so viel zu entnehmen war, daß selbst dieser Hof der Ultramontanen gegen eine "Regelung" der interconfessionellen Verhältnisse freilich flüchtete er gleichzeitig hinter das im Concordat niedergelegte kaiserliche Wort — nichts einzubringen habe. Ein kleines, seines Amendement von Mühlfeld mache es möglich, daß sowohl die Anhänger einer "vertragsmäßigen," wie die einer einfachen "staatlichen" Revision der Concordatsbestimmungen für den betreffenden Passus der Adresse stimmen konnten.

Mit einer oratorischen figura repetitionis, welche die Untersuchung anhängig wurde, welche der Reichsrath achtägige Debatte wie eine Wand爾decoration dem Ministerium nochmals vorführte — begreiflicher Weise nicht mit der Absicht, dasselbe zu erheitern — schloß der Berichterstatter. Der Ausdruck der Loyalität und Ergebenheit gegen Se. Majestät, mit welchem die Adresse schließt, bot auch heute durch die von der launstimmung begleiteten loyalen Worte des Berichterstatters einen äußerlich versöhnen den Abschluß der Debatte. In dem höchsten Träger der Staatsgewalt verbinden sich alle Gegenseite zu Harmonie.

Ein Wiener Correspondent der "Schl. Btz." schreibt vom 6. d. Die Adressdebatte ist heute mit der Annahme des Adressentwurfes geschlossen worden, und obwohl die Opposition ihre Angriffe fortsetzte, zeigte es sich doch, daß die durch die Belagerungszustands-

debatte entstandene Differenz keine weitere Consequenz Ausschuß, um vorerst über das Principe klar zu machen, ob außer dem Ertrage der Steuerobjekte auch noch das reine Einkommen der Steuersubjekte besteuert werden solle, das heißt: ob neben den bestehenden Eitragssteuern auch noch die von

Schritten von Seiten der Regierung nicht ausbleiben. Es speciell die Belagerungszustands-Angelegenheit anbelangt, so beginnen bereits diejenigen, welche sich am meisten ereiferten, einzusehen, daß die Anwendung des Art. 12 hier ungültig sei, denn in diesem Falle mußte, wenn die Verbändung des Belagerungszustandes, während der Reichsrath bestimmt ist, notwendig würde, dieser befragt werden. Wer bürgt nun dafür, daß jene Elemente, welche diese Maßregel notwendig machen, wenn sie wissen, daß sie vor den Reichsrath gebracht werden, ihre Umtreibe grade in jene Zeit verlegen, wo der Reichsrath bestimmt ist, um die Zeit, während deren letzter über die Beihaltung des Belagerungszustandes debattirt — in den meisten Fällen ließe sich ohnehin die Ablehnung vor-

aussehen — zur Durchführung ihrer Pläne zu benennen? — Die tendenziös pessimistische Art, wie Herr Herbst gestern das von ihm entrollte Bild unserer Finanzlage farbte, findet selbst in den Reihen der Opposition gerechte Mizbilligung, und zwar zunächst wegen der unpatriotischen Art, in welcher es vorgebracht wurde. Solche in einem Parlamente gehaltene Reden wären, würden sie nicht widerlegt, mehr als selbst die verfehltesten Schritte der Finanzverwaltung geeignet, den Credit eines Staates zu untergraben.

Der Ausschuß, welcher mit der Prüfung der Angelegenheit des Abgeordneten Rogawski betraut worden ist, hielt am 7. d. eine Sitzung. In derselben erschien, wie die "Presse" meldet, der Justizminister Dr. Hein. Der Obmann des Ausschusses, Ritter v. Waser, hatte in der letzten Sitzung desselben an die Minister, welche damals zugegen waren, um Ausschüsse zu ertheilen, die Frage gerichtet, ob die Regierung erodiert, damit wir dieses sein säuberlich in Paraphre eingeschachteln haben. Wir glauben nicht, schreibt der "Botschafter", daß sich irgend eine Regierung entschließen könnte, von der Krone die Sanction eines solchen Gesetzes zu erbitten; dies wäre ja nichts als das codifizierte Misstrauen in das kaiserliche Wort, durch welches am 1. Mai 1862 das Principe in solider, bindender Weise zugestanden wurde! Dieses Principe faßt nur seine Verfestigung in einem vollständigen, detaillirten Gesetze finden, dessen Erlassung aber erst nach der Lösung der Konstituierungsfrage möglich ist. Die Debatte zeigte recht deutlich, daß man nichts Stichhaltiges gegen die Argumente vorbringen kann, welche der Herr Staatsminister in der Beantwortung der Interpellation von Schindler und Genossen anwendete. Die Redner von Heute kamen offenbar post festum; sie setzten sich zu Disse, nachdem bereits abgeräumt war. Der handelspolitischen Frage wendeten die Herren Winterstein, Seine und Niese-Stallburg ihre Aufmerksamkeit zu; Frhr. v. Kalchberg vertheidigte die Regierung. Leider können wir Hrn. v. Winterstein nicht Unrecht geben, wenn er von einem Mißerfolg der Handelspolitik der Regierung sprach. Dagegen können wir nicht damit einverstanden sein, wenn Hr. v. Winterstein diesen Mißerfolg zum Ausgangspunkte nimmt, um für autonome Tarifreform- und Executive sei, die Kompetenz des kraft dieser Executiv-Berechtigung eingesetzten Militärgerichtes, über den mit dem Zollverein, Frankreich und England zu verhorresieren. Freiherr von Kalchberg war in der Lage, den Redner darüber zu beruhigen, daß Verhandlungen mit Frankreich und England über den Abschluß von Handelsverträgen nicht im Buge seien. Wie von unserem Standpunkte können diese Erklärung nur acceptiren, wenn wir das Wörtchen "nicht" in "noch nicht" ergänzen. Denn wir bekennen uns eben zu der Meinung, daß kein handelspolitischer Mißerfolg uns hindern darf, uns mit aller Macht dem westeuropäischen Handelsystem anzuschließen. Den letzten Punkt der Besprechung bildete die Concordatsfrage. Superintendent Schneider sprach, gewürzt mit einigen Seitenbemerkungen gegen Pater Greuter, den Wunsch nach einem interconfessionellen Gesetze aus, wie es die Regierung schon lange angekündigt hat und voraussichtlich dem engeren Reichsrath bei seinem nächsten Zusammentreten auch vorlegen wird. Die Bemerkungen dieses Sprechers für confessionelle Gleichberechtigung veranlaßten Herrn Greuter zu einigen Gegenbemerkungen, aus welchen wenigstens so viel zu entnehmen war, daß selbst dieser Hof der Ultramontanen gegen eine "Regelung" der interconfessionellen Verhältnisse freilich flüchtete er gleichzeitig hinter das im Concordat niedergelegte kaiserliche Wort — nichts einzubringen habe. Ein kleines, seines Amendement von Mühlfeld mache es möglich, daß sowohl die Anhänger einer "vertragsmäßigen," wie die einer einfachen "staatlichen" Revision der Concordatsbestimmungen für den betreffenden Passus der Adresse stimmen konnten.

Mit einer oratorischen figura repetitionis, welche die Untersuchung anhängig wurde, welche der Reichsrath achtägige Debatte wie eine Wand爾decoration dem Ministerium nochmals vorführte — begreiflicher Weise nicht mit der Absicht, dasselbe zu erheitern — schloß der Berichterstatter. Der Ausdruck der Loyalität und Ergebenheit gegen Se. Majestät, mit welchem die Adresse schließt, bot auch heute durch die von der launstimmung begleiteten loyalen Worte des Berichterstatters einen äußerlich versöhnen den Abschluß der Debatte. In dem höchsten Träger der Staatsgewalt verbinden sich alle Gegenseite zu Harmonie.

Ein Wiener Correspondent der "Schl. Btz." schreibt vom 6. d. Die Adressdebatte ist heute mit der Annahme des Adressentwurfes geschlossen worden, und obwohl die Opposition ihre Angriffe fortsetzte, zeigte es sich doch, daß die durch die Belagerungszustands-

debatte entstandene Differenz keine weitere Consequenz Ausschuß, um vorerst über das Principe klar zu machen, ob außer dem Ertrage der Steuerobjekte auch noch das reine Einkommen der Steuersubjekte besteuert werden solle, das heißt: ob neben den bestehenden Eitragssteuern auch noch die von

Schritten von Seiten der Regierung nicht ausbleiben. Es speciell die Belagerungszustands-Angelegenheit anbelangt, so beginnen bereits diejenigen, welche sich am meisten ereiferten, einzusehen, daß die Anwendung des Art. 12 hier ungültig sei, denn in diesem Falle mußte, wenn die Verbändung des Belagerungszustandes, während der Reichsrath bestimmt ist, notwendig würde, dieser befragt werden. Wer bürgt nun dafür, daß jene Elemente, welche diese Maßregel notwendig machen, wenn sie wissen, daß sie vor den Reichsrath gebracht werden, ihre Umtreibe grade in jene Zeit verlegen, wo der Reichsrath bestimmt ist, um die Zeit, während deren letzter über die Beihaltung des Belagerungszustandes debattirt — in den meisten Fällen ließe sich ohnehin die Ablehnung vor-

aussehen — zur Durchführung ihrer Pläne zu benennen? — Die tendenziös pessimistische Art, wie Herr Herbst gestern das von ihm entrollte Bild unserer Finanzlage farbte, findet selbst in den Reihen der Opposition gerechte Mizbilligung, und zwar zunächst wegen der unpatriotischen Art, in welcher es vorgebracht wurde. Solche in einem Parlamente gehaltene Reden wären, würden sie nicht widerlegt, mehr als selbst die verfehltesten Schritte der Finanzverwaltung geeignet, den Credit eines Staates zu untergraben.

Der Ausschuß, welcher mit der Prüfung der Angelegenheit des Abgeordneten Rogawski betraut worden ist, hielt am 7. d. eine Sitzung. In derselben erschien, wie die "Presse" meldet, der Justizminister Dr. Hein. Der Obmann des Ausschusses, Ritter v. Waser, hatte in der letzten Sitzung desselben an die Minister, welche damals zugegen waren, um Ausschüsse zu ertheilen, die Frage gerichtet, ob die Regierung erodiert, damit wir dieses sein säuberlich in Paraphre eingeschachteln haben. Wir glauben nicht, schreibt der "Botschafter", daß sich irgend eine Regierung entschließen könnte, von der Krone die Sanction eines solchen Gesetzes zu erbitten; dies wäre ja nichts als das codifizierte Misstrauen in das kaiserliche Wort, durch welches am 1. Mai 1862 das Principe in solider, bindender Weise zugestanden wurde! Dieses Principe faßt nur seine Verfestigung in einem vollständigen, detaillirten Gesetze finden, dessen Erlassung aber erst nach der Lösung der Konstituierungsfrage möglich ist. Die Debatte zeigte recht deutlich, daß man nichts Stichhaltiges gegen die Argumente vorbringen kann, welche der Herr Staatsminister in der Beantwortung der Interpellation von Schindler und Genossen anwendete. Die Redner von Heute kamen offenbar post festum; sie setzten sich zu Disse, nachdem bereits abgeräumt war. Der handelspolitischen Frage wendeten die Herren Winterstein, Seine und Niese-Stallburg ihre Aufmerksamkeit zu; Frhr. v. Kalchberg vertheidigte die Regierung. Leider können wir Hrn. v. Winterstein nicht Unrecht geben, wenn er von einem Mißerfolg der Handelspolitik der Regierung sprach. Dagegen können wir nicht damit einverstanden sein, wenn Hr. v. Winterstein diesen Mißerfolg zum Ausgangspunkte nimmt, um für autonome Tarifreform- und Executive sei, die Kompetenz des kraft dieser Executiv-Berechtigung eingesetzten Militärgerichtes, über den mit dem Zollverein, Frankreich und England zu verhorresieren. Freiherr von Kalchberg war in der Lage, den Redner darüber zu beruhigen, daß Verhandlungen mit Frankreich und England über den Abschluß von Handelsverträgen nicht im Buge seien. Wie von unserem Standpunkte können diese Erklärung nur acceptiren, wenn wir das Wörtchen "nicht" in "noch nicht" ergänzen. Denn wir bekennen uns eben zu der Meinung, daß kein handelspolitischer Mißerfolg uns hindern darf, uns mit aller Macht dem westeuropäischen Handelsystem anzuschließen. Den letzten Punkt der Besprechung bildete die Concordatsfrage. Superintendent Schneider sprach, gewürzt mit einigen Seitenbemerkungen gegen Pater Greuter, den Wunsch nach einem interconfessionellen Gesetze aus, wie es die Regierung schon lange angekündigt hat und voraussichtlich dem engeren Reichsrath bei seinem nächsten Zusammentreten auch vorlegen wird. Die Bemerkungen dieses Sprechers für confessionelle Gleichberechtigung veranlaßten Herrn Greuter zu einigen Gegenbemerkungen, aus welchen wenigstens so viel zu entnehmen war, daß selbst dieser Hof der Ultramontanen gegen eine "Regelung" der interconfessionellen Verhältnisse freilich flüchtete er gleichzeitig hinter das im Concordat niedergelegte kaiserliche Wort — nichts einzubringen habe. Ein kleines, seines Amendement von Mühlfeld mache es möglich, daß sowohl die Anhänger einer "vertragsmäßigen," wie die einer einfachen "staatlichen" Revision der Concordatsbestimmungen für den betreffenden Passus der Adresse stimmen konnten.

Mit einer oratorischen figura repetitionis, welche die Untersuchung anhängig wurde, welche der Reichsrath achtägige Debatte wie eine Wand爾decoration dem Ministerium nochmals vorführte — begreiflicher Weise nicht mit der Absicht, dasselbe zu erheitern — schloß der Berichterstatter. Der Ausdruck der Loyalität und Ergebenheit gegen Se. Majestät, mit welchem die Adresse schließt, bot auch heute durch die von der launstimmung begleiteten loyalen Worte des Berichterstatters einen äußerlich versöhnen den Abschluß der Debatte. In dem höchsten Träger der Staatsgewalt verbinden sich alle Gegenseite zu Harmonie.

Ein Wiener Correspondent der "Schl. Btz." schreibt vom 6. d. Die Adressdebatte ist heute mit der Annahme des Adressentwurfes geschlossen worden, und obwohl die Opposition ihre Angriffe fortsetzte, zeigte es sich doch, daß die durch die Belagerungszustands-

Deutschland.

Nach einer tel. Depesche der "Schl. Btz." aus Hamburg vom 7. d. sind die Dispositionen der Alliierten in der Art getroffen, daß 10,000 Mann Preußen die Ostseite von Schleswig-Holstein und das Herzogthum Lauenburg, die Österreicher dagegen (mit dem Hauptquartier Husum) das westliche Schleswig besetzen. Die "Hamburger Zeitung" vom 7. d. meldet: Heute passirten die aus Holstein zurückkehrenden hanoverischen Pioniere

sie fertig bringen. Der edle, aber nicht immer ganz schlauen Styl des Originals ist mit tiefer Sachkenntniß und zauberhafter Behandlung der Sprache wiedergegeben und derartig französisch, daß die Uebertragung troß gewissenhafter Genauigkeit, den Namen einer Nachbildung verdient. Den Inhalt der Schrift zu würdigen, ist hier nicht der Ort, die Neffker'sche Übersetzung geht reizend ab. In demselben Verlage wird dieser Tage eine Schrift von Michael Behrend in Brüssel: *La Quarantine*, erscheinen, auf deren Inhalt wir gespannt sind. Er dürfte eher Alles, als medizinisch sein; Behrend gehört, gleich Neffker, zu den wenigen Deutschen, die es zu einer solchen Fertigkeit im Französischen gebracht haben, daß sie *homines bilingues* genannt werden dürfen.

Schweiz.

Der Schweizer Bundesrat wird den eidgenössischen Räthen in ihrer Sitzung den Antrag stellen, gleich nach dem Schluß der Aissen über die Genfer August-Ereignisse die Occupation Genfs aufzuheben und die eidgenössischen Truppen aus diesem Canton zurückzuziehen.

Das conservative Blatt „*Pierrot*“ empfiehlt die Trennung des Cantons Genf in zwei Theile. Es sei dies die einzige Möglichkeit einer Rettung für den Canton, bei der „Unverträglichkeit“ beider Theile. Die katholischen Gemeinden mit dem Hauptorte Garey wurden zu dem alten Genf in ein ähnliches Verhältniß treten wie Baselstadt.

Großbritannien.

Der Droschenkutscher Matthews aus dem Franz-Müller'schen Prozeß bekannt, wird, nach eingeholter Entscheidung Sir George Greys die volle Belohnung von 300 £tr. erhalten, die kurz nach der Ermordung des Herrn Briggs auf Entrüttung des Thäters ausgezahlt wurde. Zwischen sitzt Matthews im Schuldfängnis, und obgleich er nur wegen eines Betrages von 30 £tr. eingezogen worden ist, so werden doch seine sämtlichen Gläubiger, deren Ansprüche sich zusammen auf 560 £tr. belaufen, jedes Geld mit Beschlag belegen lassen.

Dänemark.

Aus Kopenhagen 6. d. wird gemeldet: In der

gestrigen Abendstunde des Reichsraths-Volksstuhns wurde das von Monrad, A. Hage und H. Hage gestellte Amendum, daß das Normalbudget am 31. März 1865 aufzuhören sollte, mit 51 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Ebenso wurde der von Hansen ge-

machte Vorschlag, die Verhandlungen über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der November-Verfassung lediglich zwischen dem Könige und dem Reichstage stattfinden, mit 55 gegen 38 Stimmen verworfen und demnächst der Gesetzentwurf mit 58 gegen 37 Stimmen zur dritten Verhandlung überwiesen. Im Verlaufe der Debatte bemerkte der Finanzminister David, daß bei der bevorstehenden Armee-reduction 140 Offiziere beurlaubt werden würden.

Italien.

Aus Turin, 6. December, wird gemeldet: Diesen Eindruck machte die Rede Durando's im Senate über Ursprung und Bedeutung der Convention. Gavour entwickelte den Gedanken zuerst auf Basis des Grundgesetzes von der freien Kirche im freien Staate. Seine Verhandlung mit Rom scheiterte, er verhandelte dann mit Frankreich auf Grund des Nichteinmischungs-Princips. Der Urheber des Conventions-Gedankens sei jedoch eine hohe französische Persönlichkeit (Prinz Napoleon). Durando las einen Brief desselben vom 21. April 1861, dessen Hauptstellen wörtlich mit der Convention stimmen. Der wahre Sinn des Ganzen aber sei: der Papst regiert zu Rom, der König verwaltet zu Florenz. Durando wird als künftiger Minister-Präsident bezeichnet. General Giudini unterstützt die Verlegung der Hauptstadt mit strategischen Erwägungen. Er sagt, daß zwischen Italien und Österreich keine Transaction möglich sei. Die Uebergänge über die Apenninen seien wahrhaftige Thermopylen. Die Rede Giudinis wurde mit Beifall aufgenommen. Pallavicino bekämpft die Convention, will nach Rom gehen und wegen Benedicks Krieg aufzuhören. Graf Revel tadelte die Convention aus anderen Gründen, und glaubt, daß die Unabhängigkeit der weltlichen Macht des Papstes nothwendig sei. Lamarmora billigt die Erwägungen Giudini's.

Aus Livorno erfährt die „Gen.-Corr.“, daß der dortige demokratische Verein in Nachahmung desjenigen von Florenz, soeben den Entschluß gefaßt habe, durch seinen Parlamentsabgeordneten den Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe für ganz Italien in der Deputirtenkammer einbringen zu lassen.

Aus Bolozna verlautet nach der „Gen.-Corr.“, daß die drei Hämpter und Führer des jüngsten Aufstandsversuches im Friaul'schen Cella, Tolazzi und Andreangi sich in jene Stadt gerettet haben sollen, sowie auch, daß der Vater des letzteren nicht, wie angegeben worden war, gestorben sei, sondern sich im Augenblick ebenfalls auf der Flucht befindet.

Aus Teramo im Neapolitanischen wird der „Gen.-Corr.“ berichtet, daß vor wenigen Tagen aus den dortigen Kerkern gleichzeitig 23 Gefangene, welche durchgehends wegen der schwersten Verbrechen verurtheilt worden waren, spurlos entflohen sind.

Kußland.

Der Warschauer „*Östewinf*“ erhielt aus Lukow ein 29. November datirtes, interessantes Schreiben, dem wir folgendes entnehmen: Der wegen zahlreicher Mordthaten bekannte Priester Brzostko, Anführer einer nicht bedeutenden Anzahl von bis nun in den Wältern des Lubliner Gouvernements hausenden Händlern, ist noch nicht ergreift worden; aber die vom General Maniukin ergriffenen energischen Mittel, um seiner habhaft zu werden, haben ihn überzeugt, daß er seine „glorreichen Thaten“ straflos nicht weiter betreiben könne; Ende October erließ er also seine Genossen, die der Führerschaft beruhten, in Wäldern und Dörfern herumirren. Sechs derselben Exulanten wurden von Landleuten im Lukower Kreis er-

griffen und der Behörde übergeben. Diese „Patriotischen“ machen viele interessante Eingaben über Brzostko. Unter Anderm verdient besonders erwähnt zu werden, daß er sich, um die Bauern zu fanatisiren und für sich zu gewinnen, für einen Heiligen ausgibt. Seine Helfershelfer verbreiten diese Nachricht in Dörfern und schweden in finstern Nächten das Volk in das Feld hinaus, wo der Geistliche Brzostko mit seinem von Phosphor strahlenden Kopf vor einem Kreuze knieend zu schauen ist. Durch diese Profanation der heil. Religion will dieser Kommandant das Volk hören. Unlängst befand sich beim Brzostko eine 18jährige „Dame“ aus Warschau, die in seinem Corps als Intendantin diente, von dem Anführer Gelder zum Ankauf von Lebensmitteln und Kleidern für die Insurgenten erhielt, doch dessen volles Vertrauen ähnlich missbrauchte, indem sie mit einer bedeutenden Geldsumme für immer verschwand zum großen Verdruff Brzostko's, der jetzt selten sein Corps selbst anführt, aber unter verschiedenen Verkleidungen, als Kosak und sogar in weiblicher Tracht, in Höfen und Dörfern mit seinen Collegen zusammenkommt, ihnen einzige Befehle ertheilt und die geraubte Habe an sie vertheilt. Gegenwärtig sind ihm treu geblieben die Helden, für die das Leben so viel bedeutet, wie der vorjährige Schnee, namentlich: der Geistliche Pasnuey, unbekannter Herkunft; Bujanek, Kleriker aus Latoiez; Wilczyński, Sohn eines Schmiedes aus Lukow; Szczuka, Edelmann aus dem Grodnoer Kreis; Joseph Biemba, seiner Herkunft nach unbekannt; Joseph Szemotka, desertirter Trompeter aus dem Nowelschen Infanterieregiment, mosaischer Confession; Zubowicz, desertirter Soldat aus dem Kostromer Infanterieregiment und Turnelli, ein Franzose, der einen großen Einfluß auf das ganze Corps ausübte und Wunder über seine in fast allen europäischen Schlachten begangene Heldenthaten erzählte.

Das ständige Mitglied des Staatsrates des Königreichs Polen, Leon Dembowski, ist zum Präsidenten der Pensionscommission dieses Königreichs ernannt worden.

In Warschau sind an einem Tage plötzlich zwei Aerzte gestorben: Dr. Felix Fastrzobski, Arzt der Polizei und Dr. Andreas Janikowski (Staatsrat), gerade als sie die Session des medicinischen Raths verließen.

Briefe aus Petersburg ist an einer Tagung im Fort von Pyrawath ist vor Kurzem von einem Jagdgäste, Herrn W., eine löslich schwarze Rehe geschossen worden. Das seltene Thier ist dem f. k. Notarialen Cabinet übergeben worden, woselbst es aufgestopft und ausgestellt werden wird.

Griechenland.

Der König der Hellenen hat den Befehl erlassen, daß eine aus vier Offizieren der Land- und See-Armee zusammengesetzte Commission sich nach Frankreich und England begebe, um die militärische und maritime Organisation dieser beiden Länder zu studieren und der in Athen befußt Neorganisation der hellenischen Armee und Flotte niedergesetzten Commission Bericht zu erstatten.

Vermischtes.

Herr Miani, dessen Militeredition bekanntlich verschiedener unliebsamer Zusammentreffen von Umständen zu Folge gescheitert war, hat nun wieder Hoffnung, dieselbe sich vollenden und in's Leben treten zu sehen. Die geographische Gesellschaft in London hat sich nämlich nach dem Tode Speyer's dem Projekte Miani's mit bedeutend günstigeren Gesinnungen zugewendet und Herrn Miani aufrufen lassen, sich entweder durch Herrn Haizinger in Wien oder direkt durch den Präses jener Gesellschaft Herrn Muriel mit ihr in Verbindung zu setzen, um die Modalitäten der baldigen Ausführung des Unternehmens zu berathen und festzustellen. Weiters hat auch die hohe Porte sich dem Projekte Miani's in letzterer Zeit sehr günstig gezeigt und ihm ihre Unterstützung zugesagt, so daß Herr Miani die Hoffnung hat, schon in nächster Freiheit die unterbrochene Expedition anzuführen. Er beabsichtigt, sich nächstens persönlich nach London zu begeben, um so die Verhandlungen mit der dortigen geographischen Gesellschaft einem schnellen und günstigen Resultate zuzuführen.

Ein schwarzes Reh. Auf einer Jagd im Fort von Pyrawath ist vor Kurzem von einem Jagdgäste, Herrn W., eine löslich schwarze Rehe geschossen worden. Das seltene Thier ist dem f. k. Notarialen Cabinet übergeben worden, woselbst es aufgestopft und ausgestellt werden wird.

Vor zwei Jahren starzte ein alter Herr auf der Miatto-Straße in Venedig nieder und verlor sich. Ein junger Mann sprang ihn bei und hielt ihn in den Gasthof, in den folgenden Tag erkundigte sich der Junge Mann um das Beinden des Beschädigten, welcher seinerseits den Jungling um seine Familienverhältnisse ausführlich befragte. Der Fremde reiste bald darauf nach Schweden seiner Heimat ab und ließ nichts weiter von sich hören. Dieser Tage muß der junge Venezianer, wie das „Fremdenbl.“ erzählt, die Mitteilung, daß jener Fremde gestorben sei und ihm als Erbenlichkeit für die freundliche Hilfe ein Legat von 700.000 Francs hinterlassen habe.

Vor Kurzem wurde in Berlin in dem nahen Wolschow auf dem Grundstück eines dortigen Stellenfesters in einer Tiefe von 1½ Fuß eine Menge Urnen, sogenannte Thränenäpfel, in vielleicht zehn verschiedenen Formen aufgefunden, deren jede auf einem Flusstein ruhte und mit einer Steinlage bedeckt war, ein Beweis, daß sich in der Vorzeit an dieser Stelle ein Beerdigungsplatz befunden haben müßt. Einer unserer hervorragendsten Alterthumsforscher schätzt das Alter der aufgefundenen Gefäße auf mindestens 1000 Jahre; ihre Anzahl beträgt viele Hunderte. Sie bilden eine lange, ungefähr 5 Fuß breite Reihe, die sich von Westen nach Osten einige tausend Schritt weit hinzieht.

Aus Berlin berichtet die „Börs.“ folgenden frechen Postbeischriften. Am 2. d. in aller Früh führte vom Generalpostamt ein Postkarren mit den für die Frankfurter Eisenbahn bestimmten Briefschaften ab und war bis in die Papenstraße gekommen, als der Postillon von einem hinterdrein rennenden Menschen, der barhäuptig und in Postuniform war, angerufen wurde, daß er anhalten soll, indem ein unrichtiger Briefbeutel in den Karren geskommen sei. Derselbe schloß hierauf den Kasten auf, nahm hastig einen Briefbeutel heraus, schloß wieder zu und entfernte sich hastig. Bei seiner Rückkehr erfuhr der Postillon zu seinem Schrecken daß der vorgebliche Postbeamte ein Betrüger gewesen. In dem gestohlenen Postbeutel befanden sich zum Glück nur 60 Briefe mit etwas über 100 Thaler Inhalt. Hätte der Dieb etwas weiter gegriffen, so wäre ihm ein Postbeutel mit über 10.000 Thaler

zu werden pflegten. Nun hört man aber aus vollkommen zuverlässiger Quelle, daß das Ordenskapitel, dem die Präsentation obliegt, auch wirklich drei Namen dem Könige unterbreitet hatte, daß aber der König nur den Einer der Herren genehmigt, die beiden andern, Richard Wagner und Semper nicht.

Im November 1864 waren bei der f. f. Polizeidirection Lemberg 809 Individuen verhaftet. Davon wurden den Gerichten übergeben 147, von der Polizei als Gericht behandelt 45, im eigenen Wirkungsbereiche abgethan 617, abgeschoben 110. Im Spätsommer wurden 19 Dirnen unterbracht.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Breslau, 8. December. Ämliche Notirungen. Preis für einen preußischen Scheffel, d. i. über 14 Garne, in preußischen Silbergroschen — 5 fl. f. W. außer Agio. Weißer Weizen (alter) 62—73. (neuer) 54—62; gelber (alter) 60—66, (neuer) 51—56, gelber (erwachsener) 48—50; Roggen 37—40. Gerste 30—35. Hafer 24—28. Getreide 54—66. Winter-Raps (per 150 Pf. Brutto) 190—220. Winterrüben (per 150 Pf. Brutto) 180—200. Sommerrüben (per 150 Pf. Brutto) 156—186. — Rothe Kleesaaten für einen Sollzenter (89) Wiener Pf. in preußischen Thaler (zu 1 fl. 57 kr. fr. öst. Währ. außer Agio) von 10—17 Thlr. Weizen von 12—21 Thaler.

Berlin. Keine Börs.

Frankfurt, 7. December. 5perc. Met. 58. — Auktion vom Jahre 1859 78. — Wien 100. — Vanfactur 778. — 1860er Lose 74. — Nat. Auktionen 66. — Credit-Aktion 173. — 1860er Lose 80. — 1864er Lose 82. — Staatsbahn —. — 1864er Silber-Auktionen 75. — Amerikan. 45.

Hamburg, 7. December. Credit-Akt. 73. — Nat. Auk. 67. — Glan. Gold knapp.

Paris, 7. December. Schlusskurse: 5perc. Rente 66.25. — 4perc. 94. — Staatsbahn 447. — Credit-Mobilier 940. — Bomb. 511. — Osterl. 1860er Lose —. — Wien. Rente 65.45. — Consol. mit 894 gemeldet.

Siehe fest.

Amsterdam, 7. December. Dorf verz. 81. — 5perc. Met. 56. — 24perc. Met. 28. — Nat. Auktionen 63. — Wien —. Silber-Auktionen 60.

London, 7. December. Schluss-Konsol. 89. — Bombard. Aktien 204. — Silber —. — Wien —. — Lüttische Consol. 46. — Anglo-Aust. 1.

Leipzig, 6. December. Holländ. Dukaten 5.51 Gold, 5.55 Waare. — Kaiserliche Dukaten 5.53 Gold, 5.58 W. — Russischer halber Imperial 9.56 G. 9.69 W. — Russ. Silber. Russ. Stütz. 1 Stück 1.82 G. 1.85 W. — Russischer Papier-Aubel ein Stück 1.47 G. 1.48 W. — Preußischer Courant-Dukaten ein Stück 1.73 G. 1.75 W. — Gal. Pfandbriefe in öst. W. ohne Gou. 73.80 G. 74.45 W. — Gal. Pfandbriefe in G. W. ohne Gou. 77.49 G. 78.14 W. — Galiz. Grundentlastungs-Obligationen ohne Gou. 73.03 G. 73.63 W. — National-Auktion ohne Gou. 79.05 79.60 W. Galiz. Karl Ludwig's Eisenbahn-Aktion 230.50 G. 232.83 W.

Krakauer Cours am 7. Dec. Altes polnisches Silber für fl. p. 100 fl. v. 111 verl. 108 bez. — Wohlwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. v. 120 verl. 117 bez. — Poln. Pfandbrief mit Consol. fl. p. 100 fl. v. 99 verl. 98 bez. — Poln. Rentennoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 442 verl. 434 bez.

Russische Papier-Aubel für 100 Rubel fl. öst. W. 153 verl. 154 bez. — Preuß. oder Beremthaler für 100 Thaler fl. öst. W. 175 verl. 173 bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 62 verl. 65 bez. — Neues Silber für 100 fl. öst. W. 116 verl. 115 bez. — Wohlwichtig. österl. Mark-Dukaten fl. p. 5.60 verl. 5.50 bez. — Wohlwichtig. holländ. Dukaten fl. p. 5.59 verl. 5.49 bez. — Navoleond'or fl. 9.42 verl. fl. 9.27 bez. — Russische Imperials fl. 9.65 verl. fl. 9.50 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Consol. fl. in öst. W. 76. — verl. 75. — bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Consol. in G. W. 79.50 verl. fl. 78.50 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in öst. Währung fl. 74.75 verl. 73.75 bez. — Action der Carl Ludwig's Bahnh. ohne Consol fl. öst. Währ. 233 verl. 230 bezahlt.

Neueste Nachrichten.

Altona, 7. Dec. Abends. Die „Schlesw.-Holst. 3t.“ berichtet: Die Bundescommissäre haben heute Altona verlassen und sich nach Hamburg begeben.

Hamburg, 8. December. Der Altonaer Mercator bringt im Amtsblatttheile die Abschiedsproklamation der abgetretenen und bereits in Hamburg eingetroffenen Bundescommissäre, sowie die vom 7. December datirte Antrittsproklamation des preußischen und österreichischen Civilcommissärs.

Schleswig. 8. December. Gestern ging eine Deputation beider Stadtcollegien nach Flensburg ab, um die oberste Civilbehörde zu ersuchen, ihren Sitz in Schleswig zu nehmen, nachdem auch die Verwaltung von Holstein und Lauenburg in ihre Hand gelegt sein wird.

Kopenhagen, 8. December. „Dagbladet“ teilt ein Telegramm aus Kolding mit, welchem zufolge der König von Dänemark die Huldigung von ungefähr 5000 Dänischgeflüchteten aus Apenrade, Flensburg und Hadersleben entgegengenommen habe.

Ausschuk, 7. December. Mithad Pascha, General-Staatsthalter der neuorganisierten Donauprovinz, ist zurückgekehrt.

Heute Früh wurden zwei überwiegene Raubmörder öffentlich hingerichtet; es dürfte nun mehr die Sicherheit in den Strafen bald hergestellt sein.

Paris, 7. Dec. Das Appellationsgericht bestätigte heute in dem Prozesse der Dreizehn das Erkenntniß der ersten Instanz, welches den beiden Angeklagten zu 500 Francs Geldbuße verurtheilte. — Der Bischof von Valence ist zum Erzbischof von Albi ernannt worden.

Madrid, 5. Decbr. In der großen königlichen Tabakfabrik ist heute früh eine Feuerbrunst ausgebrochen, die man bis jetzt noch nicht bewältigt hat. Das Gerücht, der Staatsminister und der Marineminister hätten ihre Entlassung eingereicht, ist unbegründet.

New-York, 26. November. (Ausführliche Mittheilung.) General Sherman setzt seinen Marsch durch Georgien gegen Augusta fort. Der angedachten Einnahme von Milledgeville, sowie der gerüchtweise gemeldeten Niederbrennung Macons wird sein Glauben geschenkt. Der Konföderirten-General Beauregard hat am 18. d. M. aus Korinth eine zum Widerstande auffordernde und Hülfe verheißende Proklamation an Georgien erlassen. Lee, der durch Truppentheile des von dem Südgénéral Garley befehlten Heeres verstärkt worden ist, sendet, wie es heißt, Truppen gegen Sherman. Der Süd-General Hood rückt gegen Pulaski vor. Die Union-Truppen haben sich am 23ten nach Columbia zurückgezogen, wo ein Zusammenstoß bevorsteht. Breckenridge bedreht Gouvernement. Ihm rückt Burbridge entgegen. Brandstiftungs-Betrüger, die an neun Stellen in New-York am 25. d. gemacht wurden, sind bereitet worden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Bozek.

Amtsblatt.

Kundmachung. (1263. 1-3)

Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht in Wien in Straßfachen erkennt Kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt, daß die unter dem Titel: „Gallerie zu Boccacio Dekameron“ erschienene Bildersammlung den Thatbestand des Vergehens gegen die öffentliche Sittlichkeit nach §. 516 St. G. B. begründet und verbindet hiemit nach §. 36 des Preßgesetzes das Verbot ihrer weiteren Verbreitung.

Dieses Erkenntnis wird nach §. 16 des Gesetzes über das Strafverfahren in Preßfachen kundgemacht.

Vom k. k. Landesgericht in Straßfachen.

Wien, 1. Dezember 1864.

Der k. k. Landesgerichts-Vizepräsident:

Schwarz m. p.

Der k. k. Rathsscretär:

Thallinger m. p.

Kundmachung. (1264. 1-3)

Erkenntnis.

Das k. k. Kreisgericht W. Neustadt hat Kraft der ihm von Sr. k. k. Apost. Majestät verliehenen Amtsgewalt mit dem gegen Dr. Julius Kolatschek wegen Vergehens der Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche gefällten Strafurtheile vom 3. October 1864 Nr. 1372 auf die Weiterverbreitung der Wiener Neustädter Localzeitung vom 27. Jänner 1864 Nr. 8, welche den beanstandeten Artikel unter der Überschrift „Calvin und Servet“ enthält, ausgesprochen.

Dieses Erkenntnis wird gemäß § 36 des P. G. vom 17. Dezember 1862 Nr. 6 durch die amtlichen Blätter mit dem Besitzen kundgemacht, daß dasselbe mit Entscheidung des k. k. österreichischen Oberlandesgerichtes vom 2. November 1864, N. 17819 in Rechtshafte erwachsen ist.

k. k. Kreisgericht.

Wt. Neustadt, 30 November 1864.

N. 29319. Kundmachung. (1253. 3)

Die k. k. Statthalterei-Commission hat sich im Zwecke der Hebung des Manteinkommens auf der Polhoraer Kreisstraße veranlaßt gefunden, die Abänderung der Einhebungsmodalitäten, der laut Erlaß des h. k. k. Ministeriums des Innern vom 8. August 1860 N. 20144/1311 einverstanden mit dem vom h. k. k. Finanzministerium bewilligten Weg- und Brückenmaut für die Polhoraer Kreisstraße, mit dem Einhebungspunkte in Kamienne im Grunde Ernächtigung des h. k. k. Staatsministeriums vom 21. Septeber 1864 N. 11658/780 für das Pachtjahr 1865 in der Art zu genehmigen, daß im Laufe des Jahres 1865, die Wegmaut für 3 Meilen bei Korbholz und die Brückenzauna für alle drei im Zuge dieser Kreisstraße befindlichen Brücken zusammen bei Sporysz nach dem mit dem obigen h. Erlaß bewilligten Tariffazie der II. Classe nach den für Aeraria mauten festgestellten Ausmaße unter Aufrechthaltung der bei Aerariastraßen und Brücken festgesetzten Befreiungen eingehoben werde.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, 26. November 1864.

zwei Wohnzimmer für den Gastgeber, ein Dienerschaftszimmer, eine Küche eine Backstube ein Locale für den Zuckerbäcker, zwei Speisekammern und einen Hauskeller enthält nebst einem abgesonderten Eiskeller und einem dritten Keller mit der vorhandenen Zimmer-Einrichtung — zum Geschäftsbetriebe überlassen.

2) Die Vertragsdauer beginnt mit dem Zeitpunkte des Vertragsabschlusses und dauert bis Ende September 1867, ausgenommen, dem Unternehmer müßte, weil er nicht entspricht, das Geschäft gekündigt werden.

3) Der Gastgeber ist berechtigt und verpflichtet:

a) Speisen und Getränke aller Art, und b) alle gebräuchlichen Gattungen von Getränken, u. s. j. weit die Getränke dem Propinationsrechte unterliegen unabhängig vom Propinationspächter nach in vorhin festgesetzten Tarifpreisen im Trakteurgebäude selbst und aus denselben nach Außen an die Kurgäste zu verabreichen und auszuschänken.

4) Ein Pachtbillung wird nicht gefordert, der etwa angebrachte und genehmigte Pachtbillung aber in drei gleichen Raten am 1. Juli, 1. August und 1. September in die Anstaltscasse zu bezahlen sein.

Im Jahre 1864 war der Kurort Krynica von 430 Parteien und rücksichtlich 1006 Personen besucht.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 30. November 1864.

N. 1130. Concurs-Ausschreibung (1262. 1-3)

Vom Rzeszower k. k. Kreisgerichts-Präsidium wird zur Besetzung der bei diesem k. k. Kreisgerichte erledigten Lehrmeistersstelle mit dem Gehalte jährlicher 420 fl. ö. W. oder im Falle gradueller Vorrückung jährlicher 367 fl. 50 kr. ö. W. der Concurs ausgeschrieben.

Bewerber um diese Stelle haben ihre nach Vorchrift des k. k. Patentes vom 3. Mai 1853 N. 81 R. G. B. eingerichteten Gesuch binnen 4 Wochen vom Tage der dritten Einschaltung dieser Kundmachung in das Amtsblatt der Krakauer Zeitung an gerechnet, bei dem Rzeszower k. k. Kreisgerichts-Präsidium zu überreichen, und die allenfalls in der Disponibilität befindlichen überdies

die Nachweisung zu liefern, in welcher Eigenschaft, mit welchen Bezeugen und von welchem Zeitpunkte an, sie in die Verfügbarkeit getreten sind, und bei welcher Casse sie die Disponibilitätsgenüsse beziehen.

Vom k. k. Kreisgerichts-Präsidium.

Rzeszow, 30. November 1864.

3. 1679. Edict. (1261. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte zu Myślenice wird bekannt gemacht, daß über Einschreiten der Celeste Josef und Maria Zwieruik zur Tilgung der Schuld pr. 273 fl. ö. W. sammt Kosten, die lictorische Veräußerung des dem Thomas Marcinkowski und seinen minderjährigen Kindern gehörigen Grundes 4 Beete Grzybowka bei Myślenice, bewilligt, und solche auf den 9. Jänner, 6. Februar und 6. März 1865 jedesmal um 10 Uhr Vormittags hiergerichts angeordnet werden sei.

Kauflustige werden verständigt, daß sie die Bedingnisse hiergerichts einsehen oder in Abschrift erheben können und daß der Grund erst am 3. Termin unter dem Schätzungs- werthe von 500 fl. ö. W. überlassen werden wird.

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte.

Myślenice, 24. November 1864.

N. 47162. Kundmachung (1260. 1-3)

Aus der Herrschaft Barach'schen Stiftung für jüdische Studenten ist ein Stipendium jährl. 150 fl. ö. W. an einen armen jüdischen Studenten aus der Verwandtschaft des Stifters oder der aus Galizien gebürtig ist, zu verleihen.

Die Bewerber um dieses Stipendium haben nebst den Geburtschein und dem Dürftigkeitszeugnisse auch die Studienzeugnisse der beiden letzten Semester beizubringen, und wenn sie die Beteiligung aus dem Titel der Verwandtschaft ansprechen, dieselbe in aufsteigender Linie bis zu dem Stifter Herrschaft Barach resp. dem Vater desselben Chaim Barach mittels eines mit dem Original-Geburts-

des k. k. Patentes vom 3. Mai 1853 N. 81 R. G. B. und Traujschein belegten Stammbaumes nachzuweisen.

Die jüngst belegten Gesuche sind bis 15. Jänner 1865 bei der k. k. niederösterreichischen Statthalterei in Wien zu überreichen.

Von der k. k. niederösterreichischen Statthalterei.

Wien, 19. November 1864.

3. 28451.

Kundmachung.

(1258. 2-3)

An den nachbenannten westgalizischen k. k. Gymnasien sind mehrere Lehrerstellen zu besetzen und zwar:

Ort des Gymnasiums	Gehalts-Classe	Zahl der Stellen	Lehrfach	Nummerung
Krakauer Obergymnasium	erste	eine	latein, Griechisch	fürs ganze Gymnasium
Krakauer Untergymnasium	dritte	eine	latein, Griechisch	
Bochnia Untergymnasium	dritte	zwei	latein, Griechisch	
Sandec	dritte	zwei	latein, Griechisch, Geographie und Geschichte	Die eine verbunden mit der Befähigung für den deutschen die andere für den polnischen Sprachunterricht.
Tarnower Obergymnasium	dritte	drei	latein, Griechisch	Die eine verbunden mit der Befähigung das Deutsche, die andere das Polnische am ganzen Gymnasium zu lehren.

Der Unterricht im Latein und im Griechischen wird in den 4 unteren Classen in der polnischen, in den 4 oberen Classen in der deutschen Sprache ertheilt.

Zur Besetzung dieser Lehrerstellen wird der Concurs bis Ende Dezember 1. J. ausgeschrieben.

Die Bewerber um eine dieser Lehrerstellen haben ihre an das hohe k. k. Staatsministerium gerichteten Gesuche innerhalb der Concursfrist bei der k. k. Statthalterei-Commission in Krakau unmittelbar, oder wenn sie bereits in öffentlichen Diensten stehen, mittelst der vorgesetzten Behörde unter Nachweisung ihres Alters, ihrer Studien, sowie der erlangten Lehrbefähigung und ihrer sittlichen und staatsbürglerlichen Haltung zu überreichen.

Von der k. k. Statthalterei-Commission

Krakau, 25. November 1864.

Obwieszczenie.

Przy wyszczególnionych c. kr. gymnazjach w Galicyi zachodniej są do obsadzenia kilka posad nauczycielskich a mianowicie:

Miejsce Gymnazyum	Klasa pensyi	Ilość posad	Zawód nauczycielski	U w a g a
wyższe w Krakowie	I.	jedna	łacina, greka	dla całego gymnazjum
nizsze w Krakowie	III.	jedna	dto. dto.	
nizsze w Bochni	III.	dwie	dto. dto.	
nizsze w Sączu	III.	dwie	łacina, greka	Jedna połączona z uzdolnieniem do wykładu w niemieckim druga w polskim języku.
wyższe w Tarnowie	III.	trzy	łacina, greka	dto. dto.

Wykład łaciny i greki udziela się w 4 niższych klasach w polskim, w 4 wyższych zaś w niemieckim języku.

Do obsadzenia tych posad nauczycielskich rozpisuje się konkurs do końca Grudnia b. r. Ubiegający się o jedne z opróżnionych posad mają w czasie konkursu oznaczonym wniesień swoje podania do Wys. Ministerstwa stanu przez c. k. Komisję Namiestnictwa w Krakowie, bezpośrednio lub jeżeli zostają w służbie rzadowej, w drodze swego przełożonego Urzędu zaopatrzone w dowody ich wieku, ukończonej nauk, uzdolnienia do zawodu nauczycielskiego, oraz zachowania się obyczajowego i obywatelskiego.

Z ces. król. Komisji namiestniczej.

Kraków, 25 Listopada 1864.

N. 16619. Aufkündigung. (1255. 3)

Gastnabrungr.

Man sucht für den Kurort Krynica einen soliden Gastgeber.

Bewerber um dieses Geschäft wollen ihre schriftlichen Anträge mit einem Vadim von 100 fl. und mit dem Nachweise ihrer Eignung versehen, längstens bis zum 19. Dezember 1864 an die k. k. Finanz-Landes-Direction.

Die Vertragbedingungen kennen bei der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau und Lemberg eingesehen werden.

Unternehmungslustigen diene zur Kenntnis:

- Dem Unternehmer wird das Anstaltsgebäude „zum Lamm“, welches ein Saal, ein Billardzimmer, ein Spielzimmer, ein Bäckerei-Berghaus.

die Nachweisung zu liefern, in welcher Eigenschaft, mit welchen Bezeugen und von welchem Zeitpunkte an, sie in die Verfügbarkeit getreten sind, und bei welcher Casse sie die Disponibilitätsgenüsse beziehen.

Vom k. k. Kreisgerichts-Präsidium.

Rzeszow, 30. November 1864.

Nr. 2620.

Edict.

(1266. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gericht zu Brzesko werden diejenigen, welche als Gläubiger an die Verlassenschaft des am 26. April 1864 in Słotwina ohne Testament verstorbenen Alois Stökle, Bierbrauers aus Langenstingen in Sigmarining eine Forderung zu stellen haben, aufgefordert, ihre Ansprüche bei diesem Gerichte binnen drei Monaten von dem unten gesetzten Tage, um so gewisser anzumelden, widrigfalls der Nachlaß an die auswärtige Gerichtsbehörde, oder die von derselben zur Übername gebrüder legitimite Person ausgefolgt werden würde.

Brzesko, den 1. December 1864.

Für eine hiesige Fabrik wird ein sicherer moralischer Mann als Controleur verlangt, selber hätte die Arbeiter zu lönen, in Abwesenheit des Chefs denselben vollständig zu vertreten und wird ein Jahrgehalt von 1000 bis 1200 Gulden bewilligt. Reflectanten wollen sich an G. W. Esche in Berlin, Rosenthaler Straße N. 5, wenden.

(1256. 2-3)

Wiener Börse-Bericht

vom 7. Dezember.

Offizielle Schuldt.

A. Des Staates. Geld Waare

3. Okt. W. zu 5% für 100 fl.	66.— 66.25
Aus dem National-Auktion zu 5% für 100 fl.	
mit Zinsen vom Jänner — Juli	
" 4.5% für 100 fl.	79.55 79.55
" 4.5% für 100 fl.	70.40 70.70
Metalliques zu 5% für 100 fl.	62.25 62.50
" 4.5% für 100 fl.	155.25 155.75
" 1854 für 100 fl.	88.75 88.75